

Preise im Ausland, Prügel in der Heimat

Investigative Journalisten in Albanien lebensgefährlich - auch in Griechenland stehen Reporterunter Druck

In Südosteuropa sind Drohungen und physische Attacken gegen investigative Journalisten keine Seltenheit. Polizei und Justiz haben nicht immer Interesse an einer Aufklärung.

Elena Panagiotidis, Gjirokaster

Zunächst glaubte Telnis Skuqi an einen Unfall, als er vom Feuer in seiner Wohnung hörte. Der albanische Journalist und seine Familie waren zum Zeitpunkt des Brandes nicht zu Hause. Doch als Skuqi um Mitternacht SMS mit Beleidigungen und Drohungen gegen ihn und seine Familie erhielt, wusste er, dass der Brand am Morgen kein Zufall gewesen war. Dass er kurz darauf seine Stelle bei der staatlichen albanischen Nachrichtenagentur ATSH, für die er zuvor sieben Jahre gearbeitet hatte, verlor, war auch kein Zufall.

Mit der Justiz im Clinch

Skuqi ist einer der wenigen investigativen Journalisten Albaniens. Zwei Tage vor dem Brand, am 20. März 2013, hatte die albanische Zeitung «Metropol» seinen Bericht über eine angebliche Gerichtspsychologin mit gefälschten Diplomen veröffentlicht. Begonnen habe alles Ende des letzten Jahres, erzählt Skuqi, während er im Cafe Fantazia in Gjirokaster sitzt, von dem aus man über die alten Steinhäuser der Stadt und die im Frühjahr noch schneebedeckten Berge blickt. Dass er nervös ist, merkt man daran, dass er noch mehr raucht als üblich, und an seinen ständig wippenden Füßen. Er bekam Informationen über eine Frau, die als Gerichtspsychologin in der Küstenstadt Saranda arbeitet. Diese sei mit gefälschten Diplomen an ihre Position gekommen. Dass die Frau sich brüstete, sie sei die Beste auf ihrem Gebiet, habe ihn zusätzlich stutzig gemacht. Skuqi fand heraus, dass es sich bei dem Zertifikat der Universität von Elbasan um eine Fälschung handeln muss. Zudem verfügten weder das Gericht noch die Frau über Belege, dass sie - wie behauptet - über eine Spezialisierung in Deutschland verfüge.

Mit den Vorwürfen konfrontiert, verwies die Frau auf ihre Mitgliedschaft bei der Partei LSI, die bis Ende April Juniorpartnerin in der Regierungskoalition war. Laut Skuqi war sie die treibende Kraft dahinter, dass ihn sein Arbeitgeber entlassen hat. Der ATSH-Direktor ist ebenfalls Mitglied der LSI. Dass dieser nun nach dem Austritt der LSI aus der Regierungskoalition selber seinen Posten verloren hat, mag man als Ironie des Schicksals betrachten und als Beleg dafür, wie eng die Vergabe von Posten in Albanien von der Zugehörigkeit zur jeweils regierenden Partei abhängig ist. Die Frau selber habe Skuqi nach seiner Entlassung in einem SMS geschrieben, dass es ihr egal sei, was aus ihm und seiner Familie werde.

Skuqis Familie lebt seit seiner Entlassung von den Ersparnissen, sie ist bei der Familie seiner Frau untergekommen. In die Wohnung wollen sie vorerst nicht zurück, die Drohungen per Telefon und SMS gehen weiter. Skuqi bewegt sich frei durch Gjirokaster, er grüsst und wird gegrüsst, doch journalistisch hält er sich bedeckt. Seiner Bitte um Polizeischutz sei nicht nachgekommen worden. Allerdings habe ihm ein Bekannter, der für den Geheimdienst arbeitet, geraten, das Land zu verlassen, da er in Albanien nicht mehr sicher sei. Denn er habe sich nicht allein mit der Frau angelegt, sondern mit dem gesamten Justizsystem. Schliesslich werfe die Enthüllung kein gutes Licht auf eine Justiz, die ihre Mitarbeiter nicht wegen ihrer Qualifikation einstelle und keinen Wert auf Diplome lege.

Kein Einzelfall

Skuqi, der im Oktober 2012 für seine Arbeit von der in Wien ansässigen South East Europe Media Organization (Seemo) mit dem Special Investigative Diploma ausgezeichnet wurde, ist Bedrohungen gewohnt. Vor dem Fall mit der Gerichtspsychologin berichtete er darüber, dass der Fernsehsender RTV Alpo Personen ohne Sozialversicherungsleistungen beschäftigt. Auch dies brachte ihm Drohungen ein. Aus einer Mappe holt er ältere Zeitungsartikel hervor. 2003 und 2004 deckte er Skandale rund um das Kinderheim in Saranda auf. Ein Artikel zeigt Skuqi mit eingeschlagener Nase, die ihm Unbekannte im Zuge seiner Recherchen zufügten.

Skuqi ist es wichtig zu betonen, dass es nicht nur um ihn persönlich geht. «Ich bin kein Einzelfall», sagt er. Wer in Albanien kritisch schreibe, werde unter Druck gesetzt, die ohnehin mageren Löhne würden gekürzt, die Journalisten bedroht. «Die Wahrheit soll verborgen bleiben.» Auf der in der vergangenen Woche veröffentlichten Liste des Press Freedom Index 2013 der Organisation Reporter ohne Grenzen rangiert Albanien an 102. Stelle. Die Liste vergleicht die Situation der Medien in 179 Staaten und Regionen. Im Vergleich zum Vorjahr ist Albanien noch einmal um sechs Plätze nach hinten gerutscht, in der Region ist nur in Montenegro (113) und Mazedonien (116) die Situation prekärer. Die Organisation Reporter ohne Grenzen konstatiert, dass viele Medien kriminellen Gruppen gehörten und halblegale Unternehmen die Berichterstattung kontrollierten. Gewalt gegen Journalisten werde kaum verfolgt.

Das kann auch Piro Nase, der Vorsitzende der Journalistenunion von Gjirokaster, bestätigen. Er ist selbst zusammengeschlagen worden, nachdem er über Unregelmässigkeiten in der Verwaltung des örtlichen Spitals berichtet hatte. Die Staatsanwaltschaft habe nicht ermittelt. Der Fall Telnis Skuqi beunruhigt ihn, er hält ihn für den bedenklichsten seit langem. Appelle der Journalistenunion an die Polizei, zu ermitteln und für die Sicherheit von Skuqis Familie zu sorgen, seien fruchtlos geblieben. Nase sieht als einzigen Ausweg, dass Skuqi im Ausland Asyl sucht.

Auch in Albaniens Nachbarland Griechenland wird die Situation für Journalisten schwieriger. Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass Journalisten oft monatelang unbezahlt arbeiten. Auch werden sie dort laut Reporter ohne Grenzen immer häufiger von extremistischen Gruppen oder der Polizei angegriffen. Mit Rang 84 liegt Griechenland fast gleichauf mit Bulgarien (Platz 87), das in der EU das Schlusslicht bildet. In Griechenland wurden beispielsweise Journalisten, die in den vergangenen Jahren über die prekären Bedingungen von ausländischen Arbeitern auf den Erdbeerfeldern auf dem Peloponnes berichteten wollten, bedroht. Die Gegend um Manolada geriet auch im Ausland in die Schlagzeilen, als dort im April drei griechische Vorarbeiter auf Arbeiter aus Bangladesh schossen, die ihren seit Monaten ausstehenden Lohn einforderten.

Während hier die Urheber der Gewalt gegen Journalisten und Migranten vermutlich im Umfeld der Plantagenbesitzer zu suchen sind, werden griechische Journalisten und Fotoreporter auch regelmässig Opfer von Polizeigewalt. In den letzten Jahren wurden auch Reporter, die während der Proteste gegen die Sparpolitik im Zentrum Athens ihrer Arbeit nachgingen, immer wieder der Polizei attackiert. Die Griechische Vereinigung der Fotojournalisten gab gegenüber der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zu Protokoll, dass fast jedes zweite Mitglied schon einmal von Polizeibeamten geschlagen worden sei.

Noch viel Arbeit

Telnis Skuqi hat vor drei Monaten an einem amerikanischen Ausbildungskurs für Journalisten teilgenommen, an dem betont wurde, wie wichtig eine unabhängige Medienlandschaft für ein demokratisches System sei. Schaut man auf den Fall Skuqi, der um sein Leben und das seiner Familie fürchtet, aber auch auf die Situation in Griechenland, wird klar, dass vor beiden Ländern noch eine Menge Arbeit liegt.

Diesen Artikel finden Sie im NZZ E-Paper unter: <http://epaper.nzz.ch>

Neue Zürcher Zeitung: <http://www.nzz.ch>
Copyright (c) Neue Zürcher Zeitung AG
